

# NEWSLETTER

Referat Lateinamerika & Karibik

**AKTUELLER FOKUS** |

**REGIONALPROJEKT** |

**VERANSTALTUNGEN** |

**HINGESCHAUT** |

**PUBLIKATIONEN** |

**STIMMEN** |



## ● **AKTUELLER FOKUS**

Die Ablehnung des ersten Friedensvertrags zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC-Guerilla in einer Volksabstimmung am 2. Oktober hat die Welt überrascht. Weniger als zwei Monate später wurde nach Nachverhandlungen ein überarbeiteter Vertrag unterzeichnet.



## ● **REGIONALPROJEKT**

Arbeitsmigrant\_innen werden in Zentralamerika häufig als Streikbrecher\_innen missbraucht. Sie genießen nicht dieselben Arbeitnehmer\_innenrechte wie die einheimischen Arbeitskräfte. Das Regionalprojekt für eine menschenwürdige Arbeitsmigration will dieser Herausforderung durch internationale gewerkschaftliche Zusammenarbeit und Solidarität begegnen.



## ● **EINE KRISE, DIE VERBINDET – PARLAMETARIER\_INNEN IM DIALOG**

Die Krise der politischen Repräsentation trifft die progressiven Parteien in Lateinamerika ebenso wie in Deutschland und Europa. Auf einem Parlamentarier\_innendialog in Brasília diskutierten Mitte November 2016 Abgeordnete des Deutschen Bundestages und des Europaparlaments mit ihren Kolleg\_innen aus Lateinamerika.



## ● VERANSTALTUNGEN

- **Eine Krise, die verbindet – Parlamentarier\_innen aus Deutschland und Lateinamerika im Dialog**
- **»Count us in!« – Frauenpower in Guatemala**

Die Gewerkschafter\_innen in Guatemala haben es schwer. Bis heute sind sie ständigen Repressionen seitens der Arbeitgeber\_innen sowie klandestinen kriminellen Strukturen ausgesetzt. Für Frauen, die organisationsintern zusätzlich noch mit patriarchalen Strukturen zu kämpfen haben, eine doppelte Herausforderung.

- **Gespräche über regionale Integration: Martin Schulz und Sigmar Gabriel in Argentinien**

»Argentinien – zurück in der Welt« ist der Slogan, mit dem der neue konservative Präsident Mauricio Macri seinen außenwirtschaftlichen Kurs bewirbt. Trotz der geringen Wettbewerbsfähigkeit soll der Markt nun schnell geöffnet werden. In diesem Kontext besuchten EU-Parlamentspräsident Martin Schulz und anschließend Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel Argentinien.

- **Die Zukunft der Städte – zur »Habitat III«-Konferenz in Quito**
- **Lasst uns erstmal über Demokratie reden: Gegenwind für Handelsabkommen beim EuroLat-Treffen**
- **Nach Paris und New York: Aufwind für Ansätze nachhaltiger Entwicklung für die Länder des globalen Südens?**

Im September 2015 wurden die nachhaltigen Entwicklungsziele in der UN-Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossen; im Dezember darauf einigte sich die Weltgemeinschaft auf ein neues Klimarahmenabkommen. Doch welche Auswirkungen haben diese Abkommen für die Länder des globalen Südens?

- **Demokratie und Generationengerechtigkeit wagen, schützen, stärken: Bundespräsident Gauck in Chile und Uruguay**
- **Konsequent, integer, glaubhaft – Pepe Mujica auf der ADLAF-Tagung zu Gewalt und Ungleichheit**

## ● HINGESCHAUT

- **Viacrucis Migrante – Ein Martyrium auf der Flucht aus Zentralamerika**

Der Dokumentarfilm des Videojournalisten Hauke Lorenz bietet beeindruckende Portraits unterschiedlicher Menschen aus Zentralamerika und der unvorstellbaren Erlebnisse auf ihrem Weg Richtung Norden.





## ● AKTUELLER FOKUS

### Kolumbien: Auf Umwegen zum Frieden

Die Ablehnung des ersten Friedensvertrags zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC-Guerilla in einer Volksabstimmung am 2. Oktober 2016 hat die Welt überrascht. Weniger als zwei Monate später wurde nach Nachverhandlungen ein überarbeiteter Vertrag unterzeichnet.

Alles war schon bereit für die große Friedensfeier in Kolumbien. Nach 52 Jahren bewaffneten Konflikts zwischen der Regierung und der FARC-Guerilla, nach vier Jahren schwieriger Verhandlungen unter internationaler Begleitung und nach harten politischen Diskussionen stand endlich ein Friedensvertrag. Nicht nur irgendein Stück Papier, sondern ein Vertrag, der strukturelle Veränderungen für zentrale Probleme des Landes festschrieb und so zumindest die Chance bot, nicht nur die Waffen zum Schweigen zu bringen, sondern auch die gesellschaftlichen Übel anzupacken, die den Konflikt begründeten. Ein Vertrag, der die Anliegen von Opfern des Konflikts und eine Geschlechterperspektive berücksichtigte; und ein Vertrag, der auf eine überwältigende Zustimmung der internationalen Gemeinschaft traf. In der Volksabstimmung vom 2. Oktober 2016 entschied sich dennoch eine hauchdünne Mehrheit der Kolumbianer\_innen zunächst gegen diese Chance und lehnte das Friedensabkommen in der ersten Form ab.

Die politisch schon abgeschriebenen und ebenfalls überraschten siegreichen Gegner\_innen des Friedensabkommens wurden gestärkt und bekräftigten ihre Kritik. Es triumphierten vorerst vor allem diejenigen, die die Behandlung der Ex-Guerilleros/os als zu sanft darstellten. Dabei hatte gerade die Bevölkerung in den Gebieten, die am stärksten von dem Konflikt zwischen Regierung und FARC betroffen waren, mehrheitlich für das Abkommen gestimmt. In den Regionen, die nicht oder lange nicht mehr vom Konflikt betroffen sind, entschieden sich hingegen viele für eine Ablehnung. Viele der Befürworter\_innen des Abkommens stellten sich nach dem gescheiterten Referendum daher verzweifelt die Frage: Wenn die Opfer des

Krieges verzeihen und in die Zukunft blicken können, warum dann nicht auch der Rest der Gesellschaft?



Nach dem gescheiterten Referendum werben die Verfechter des Friedensvertrags mit noch größerem Engagement für ihre Überzeugung. © Thomas Keil

Durch das Ergebnis der Volksabstimmung hatten sich die Kolumbianer\_innen – viele beeinflusst von Halb- und Unwahrheiten – zunächst einer großen Gelegenheit beraubt. Dies machte einen Umweg über Nachverhandlungen nötig. Der beiderseitige Waffenstillstand als wichtigste Errungenschaft des bisherigen Verhandlungsprozesses konnte im Anschluss an die Abstimmung aufgrund der insgesamt besonnenen Reaktionen von Regierung und FARC glücklicherweise aufrechterhalten werden. Auch in der Bevölkerung und der organisierten Zivilgesellschaft hielt kein Defätismus Einzug, sondern der unbedingte Wille, den Friedensprozess zu retten. Nach anfänglicher Ungewissheit begannen relativ zügig die Dialoge zwischen den Verhandlungsparteien und Vertreter\_innen der »Nein«-Kampagne. Am 12. November 2016 wurde ein neuer Vertrag präsentiert, der einige klare Zugeständnisse an die Kritiker\_innen

macht und etwa die Strafen im Rahmen der Übergangsjustiz präzisiert. Ihre Blockadehaltung gaben die wichtigsten Köpfe des »Nein« jedoch nicht auf und nun wird das Vertragswerk ohne ihre Zustimmung im Parlament beschlossen.

Auch mit einem Friedensabkommen gibt es weiterhin viele Probleme und Herausforderungen für Kolumbien, beispielweise weitere bewaffnete, illegale Gruppen sowie die mäßigen wirtschaftlichen Perspektiven. Diese Faktoren erschweren die Verwirklichung von Reformen, die die Konfliktursachen beheben sollen. Die Beilegung des Konflikts mit den FARC ist ein zentrales Element für mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit in Kolumbien.

Die Arbeit für ein verhandeltes Ende des bewaffneten Konflikts ist einer der wichtigsten Schwerpunkte in der Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung im Land. Durch politische Beratung und Bildung sowie die Schaffung von Plattformen zur Diskussion von Lösungswegen stärkt sie diejenigen Akteure, die sich für ein Ende der gewaltsamen Auseinandersetzungen und das Schaffen eines nachhaltigen und dauerhaften Friedens engagieren. Mit der Verleihung von Friedens- und Menschenrechtspreisen in Kolumbien und Deutschland trug

die FES zudem dazu bei, vermehrte Aufmerksamkeit für den kolumbianischen Konflikt und die vielen mutigen und kreativen Initiativen zu seiner Lösung zu schaffen. Der Verhandlungsprozess wurde von einer Vielzahl von Veranstaltungen der Stiftung begleitet – auch um die großen Herausforderungen zu analysieren, die bei der Umsetzung des Friedensabkommens zu bewältigen sein werden.

Als politische Stiftung hat die FES sich klar für einen Friedensschluss mit den FARC ausgesprochen. Die Tatsache, dass kein breiter politischer Konsens gefunden werden konnte und dass das neue Abkommen dieses Mal im Parlament nach der Ablehnung durch eine Volksabstimmung verabschiedet wird, werden Hypothesen für die ohnehin stark polarisierte politische Auseinandersetzung um den Friedensprozess sein. In der schwierigen Zeit einer Umsetzung und Sicherung von erreichten Fortschritten wird die FES durch ihre Arbeit die progressiven Kräfte weiter darin unterstützen, breite Bündnisse für den Frieden zu schmieden und die Schaffung eines nachhaltigen Friedens zu fördern.

*Thomas Keil, Projektassistent in der Friedrich-Ebert-Stiftung Kolumbien*





## ● REGIONALPROJEKT

### »Würdige Arbeit« ist kein Privileg der Einheimischen! Das Regionalprojekt für eine menschenwürdige Arbeitsmigration in Zentralamerika

Arbeitsmigrant\_innen werden in Zentralamerika häufig als Streikbrecher\_innen missbraucht. Sie genießen nicht dieselben Arbeitnehmer\_innenrechte wie die einheimischen Arbeitskräfte. Das Regionalprojekt für eine menschenwürdige Arbeitsmigration will dieser Herausforderung durch internationale gewerkschaftliche Zusammenarbeit und Solidarität begegnen.

Schwache staatliche Institutionen, Korruption und Entwicklungsdefizite, die sich in hoher sozialer Ungleichheit und Armut manifestieren, prägen fast alle Länder Zentralamerikas – Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua und in geringerem Maße auch Panama und Costa Rica. Wirtschaftliche Not und das Versagen des Staates, physische Sicherheit zu garantieren, bescheren den drei Ländern des Nordens (El Salvador, Guatemala, Honduras) die höchste Mordrate der Welt. Viele Menschen in diesen Ländern sehen sich daher gezwungen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse einzugehen oder auszuwandern.

»Würdige Arbeit« ist ein Privileg, das nicht vielen Menschen in dieser Region zuteilwird. Die Möglichkeit, einer Erwerbsarbeit in den Nachbarländern, der Region oder den USA nachzugehen, sichert das Überleben vieler Familien in Zentralamerika. Dennoch sind die Migrant\_innen häufig dazu gezwungen, die Grenzen auf illegale Weise zu überqueren, um dann – häufig ebenfalls illegal – im Ausland zu arbeiten. In den Aufnahmeländern werden sie schließlich oft als Streikbrecher\_innen missbraucht oder verlieren kurzfristig ihre Arbeit, sobald die Arbeitgeber\_innen ihre Arbeitskraft nicht mehr brauchen. So lebt ein Großteil der Menschen in Zentralamerika in Armut – mit hohen sozialen und ökonomischen Risiken.

Die Arbeitsmigration der Menschen aus Zentralamerika ist im Norden und Süden Zentralamerikas unterschiedlich ausgeprägt. Migranten\_innen aus dem Norden suchen vor allem den Weg in die USA: El Salvador stellt – nach Mexiko – die zweitgrößte Gruppe lateinamerikanischer Einwander\_innen in den USA. Im Süden Zentralamerikas vollzieht sich die Migra-

tion vor allem intraregional. Hier sind die entsendenden Staaten Nicaragua und Panama, während viele Migrant\_innen in Costa Rica Arbeit finden.



Migrant\_innen aus Zentralamerika sind häufig prekär und informell beschäftigt, insbesondere wenn sie über keinen legalen Aufenthaltsstatus verfügen. © El Faro, Unión General de Trabajadores (UGT), España

Das Regionalprojekt der FES für eine menschenwürdige Arbeitsmigration will dieser Herausforderung durch internationale gewerkschaftliche Zusammenarbeit und Solidarität begegnen. Alle migrierenden Arbeitnehmer\_innen haben das Recht auf eine würdige Arbeit, unabhängig von ihrer Nationalität und ihrem Status. Darüber hinaus leisten die Arbeitsmigranten\_innen einen großen Beitrag zum Wohlstand der entsendenden wie auch der aufnehmenden Länder: So erhöhen die niedrigen Löhne der Migrant\_innen beispielsweise die Konkurrenzfähigkeit der US-Wirtschaft und die Rücküberweisungen wirken in den Herkunftsländern wie Sozialprogramme, die dort den Lebensstandard erhöhen. Im Norden Zentralamerikas machen die Rücküberweisungen der Migrant\_innen zwischen 11 und 19 Prozent

des Bruttoinlandsproduktes aus. In El Salvador übersteigt die Summe mit 16 Prozent des BIP gar den gesamten Staatshaushalt.

Die Migrant\_innen haben ein Recht auf Schutz und faire Regeln an ihrem Arbeitsplatz. Daher bedarf es der Stärkung von gewerkschaftlichen, sozialen und politischen Akteuren, welche die Migrant\_innen begleiten, beraten, repräsentieren und schützen. Die Gewerkschaften sind auf allen Ebenen – als Betriebsräte, Branchengewerkschaften und Dachverbände – in den aufnehmenden wie entsendenden Ländern die Schlüsselakteure des FES-Regionalprojekts. Dabei sind die Gewerkschaftsorganisationen in Zentralamerika in einer überaus schwierigen Lage: Repression und Gewalt gegen gewerkschaftlich Engagierte sowie eine Zersplitterung der Gewerkschaftslandschaft haben zu ihrer Schwächung geführt. Aus diesem Grund, und um bereits vorhandene Kenntnisse und Erfahrungen in der Migrationspolitik zu mobilisieren, werden auch die verschiedenen Nichtregierungsorganisationen, die Organisationen der Kirchen, der sozialen Bewegungen sowie staatliche Institutionen in das Projekt einbezogen. Sie engagieren sich oft bereits seit Jahren gegen die Ausbeutung von Migrant\_innen. Ziel ist es, in den betreffenden Ländern Allianzen zwischen den Akteuren zu fördern, die sich dafür einsetzen, den Weg zu einer besseren Regelung von Migration zu ebnen.

Die regionalen intergewerkschaftlichen Komitees (CI) und ihre nationalen Pendanten spielen dabei eine wichtige Rolle. Die FES unterstützt

die Koordination zwischen den CI mit relevanten regionalen und internationalen Gewerkschaftsorganisationen wie der *Confederación Sindical de Trabajadoras y Trabajadores de las Américas* (CSA) sowie der *American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations* (AFL-CIO), um damit die grenzübergreifende Zusammenarbeit zur Migration anzustoßen. Bi-nationale Treffen zur Migration von gewerkschaftlichen und sozialen Akteuren aus dem Süden Zentralamerikas sollen den Informationsaustausch darüber hinaus weiter stärken. Mit Flugblättern und Flyern werden die Arbeitnehmer\_innen zudem über ihre rechtliche Situation aufgeklärt.

Ende September organisierte die FES in Costa Rica in Kooperation mit den CI in Zentralamerika, dem Forschungsinstitut FLACSO und dem Solidarity Center die erste regionale Konferenz für eine menschenwürdige Migration. Bei diesem Anlass wurde die Kampagne **»Mit meinen Händen«** vorgestellt, die sich für eine menschenwürdige und geregelte Arbeitsmigration in Zentralamerika einsetzt und von 32 gewerkschaftlichen Organisationen unterstützt wird. Die globale Aufmerksamkeit, die das Thema Migration derzeit genießt, kann für den notwendigen Rückenwind sorgen, um nachhaltige Verbesserungen zu erreichen.

*Joachim Schlütter, Landesvertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung für El Salvador, Guatemala und Honduras mit Sitz in El Salvador und Ingrid Roß, Referat Lateinamerika und Karibik, FES Berlin*



## ● VERANSTALTUNGEN

### EINE KRISE, DIE VERBINDET – PARLAMETARIER\_INNEN AUS DEUTSCHLAND UND LATEINAMERIKA IM DIALOG

Die Krise der politischen Repräsentation trifft die progressiven Parteien in Lateinamerika ebenso wie in Deutschland und Europa. Auf einem Parlamentarier\_innendialog in Brasília diskutierten Mitte November 2016 Abgeordnete des Deutschen Bundestages und des Europaparlaments mit ihren Kolleg\_innen aus Lateinamerika über Ursachen und Antworten.

In wichtigen Ländern Lateinamerikas wurden progressive Regierungen jüngst durch konservative Kräfte abgelöst. Die Ursachen für das Ende des »progressiven Jahrzehnts« sind vielfältig, doch lässt sich vielerorts eine fundamentale Krise der politischen Repräsentation diagnostizieren. Die Frustration über *die* Parteien, *die* Medien und *die* Institutionen weist deutliche Parallelen zu den gegenwärtigen Entwicklungen in Deutschland und Europa auf. Das Wahlverhalten wird auf beiden Seiten des Atlantiks volatiler, die Repräsentation einer immer pluraleren Gesellschaft mit ihren vielschichtigen Interessen stößt an ihre Grenzen. Das Vertrauen in die traditionellen Parteien schwindet in besorgniserregendem Maße.

Auf der Suche nach den Ursachen der Krise der politischen Repräsentation tauschten sich die Abgeordneten des Bundestags, des Europaparlaments und aus sieben Ländern Lateinamerikas über Fragen aus, die alle in ihren jeweiligen Heimatländern bewegen: Weshalb erreichen die progressiven Parteien Teile ihrer traditionellen Wähler\_innenschaft nicht mehr? Was macht eine fortschrittliche Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik aus, die sowohl den Bedürfnissen der Mittelschichten als auch der marginalisierten Gruppen gerecht wird? Und welchen Reformen müssen sich die Parteien selbst stellen, um Wähler\_innen zurückzugewinnen? Bereichert wurde die Debatte durch Vertreter\_innen von Parteien wie der *Revolu-*



Die Amtsenthebung der Präsidentin Dilma Rousseff wurde u. a. von Bundesrichter Sergio Moro vorangetrieben – der von einigen in Brasília dafür gefeiert wird. © Jule Wocke

*ción Democrática* aus Chile, die erst jüngst aus den neuen sozialen Bewegungen hervorgegangen ist.

Im Vorfeld des Dialogs nahmen die Gäste aus Berlin und Brüssel an einer Fachkonferenz teil, auf der sie – gemeinsam mit den Vertreter\_innen der FES vor Ort – Entwicklungen in ausgewählten Ländern der Region analysierten und Themen gemeinsamen Interesses diskutierten, beispielsweise neue Wege in der Drogenpolitik. Zu den Teilnehmenden der beiden Veranstaltungen zählte auch der stellvertretende Vorsitzende der FES, Michael Sommer, der seine langjährige gewerkschaftspolitische Erfahrung in die Debatten einbrachte.

*Andreas Wille, Referat Lateinamerika und Karibik, FES Berlin*

## »Count us in!« – Frauenpower in Guatemala

Die Gewerkschafter\_innen in Guatemala haben es schwer. Bis heute sind sie ständigen Repressionen seitens der Arbeitgeber\_innen sowie klandestinen kriminellen Strukturen ausgesetzt. Für Frauen, die organisationsintern zusätzlich noch mit patriarchalen Strukturen zu kämpfen haben, eine doppelte Herausforderung.

Wer sich in Guatemala für den Aufbau gewerkschaftlicher Vertretungen und Strukturen engagiert, unterliegt vielfältigen Schikanen und Drohungen. Immer wieder sind Gewerkschaftsaktivist\_innen Opfer von Gewalt. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist äußerst niedrig, es mangelt an weiblichen Mitgliedern und Nachwuchskräften, und das Image der Gewerkschaften ist verbesserungswürdig.

In der patriarchal geprägten Gesellschaft ist es für Frauen – auch innerhalb der gewerkschaftlichen Organisationen – daher doppelt schwer, sich durchzusetzen und für ihre Rechte einzutreten. Gute Gründe, um internationale Solidarität und die Stärke der Frauen im Land zu demonstrieren. So geschehen auf der lateinamerikanischen Regionalkonferenz »Count us in!« des Internationalen Gewerkschaftsbunds (IGB) und der FES, die Anfang September in Antigua, Guatemala, durchgeführt wurde.

»Count us in!« ist eine globale Genderkampagne des IGB, die im April 2016 vom IGB-Frauenkomitee erarbeitet und auf dem Kongress 2014 beschlossen wurde. Ziel ist es unter anderem, eine 30-prozentige Frauenrepräsentation in Entscheidungsgremien des IGB sowie einen mindestens fünfprozentigen Anstieg der Frauenmitgliedschaft in allen Dachverbänden zu erreichen.

Neben Gender-Koordinator\_innen aus gut 20 lateinamerikanischen Dachverbänden waren



Sie lassen sich nicht entmutigen: Frauen kämpfen für eine bessere Repräsentation in Gewerkschaften. © Katja Meyer

junge Frauen aus allen drei in Guatemala miteinander konkurrierenden Föderationen vertreten – ein wichtiges Zeichen für die notwendigen Einheitsbestrebungen. Als sehr ermutigend nahmen sie die Erfolge wahr, die durch nationale Aktionspläne der Kampagne bereits bewirkt wurden: CUT Chile konnte Gender-Klauseln in die Arbeitsreform integrieren; ASI Venezuela brachte eine 30-Prozent-Quote in die Statuten der Bildungsgewerkschaft ein; und CUT Brasil verfügt nun über einen paritätischen Vorstand – ein Positivbeispiel, das im Rahmen des FES-Studienprojekts »Change & Win« porträtiert und veröffentlicht wird. Für die guatemalteckischen Teilnehmer\_innen, die stolz die Kampagnen-Buttons trugen, ein großer Motivationsschub.

*Katja Meyer, Referat Lateinamerika und Karibik, FES Berlin*



## Gespräche über regionale Integration: Martin Schulz und Sigmar Gabriel in Argentinien

»Argentinien – zurück in der Welt« ist der Slogan, mit dem der neue konservative Präsident Mauricio Macri seinen außenwirtschaftlichen Kurs bewirbt. Nachdem das Land aufgrund seiner Insolvenz im Jahr 2001 vom internationalen Finanzmarkt isoliert war, wurde unter den linkspopulistischen Vorgängerregierungen auf Protektionismus und Binnennachfrage gesetzt. Trotz der geringen Wettbewerbsfähigkeit soll der Markt nun schnell geöffnet werden; und auch Kredite sowie ausländische Direktinvestitionen sind von großer Bedeutung.

In diesem Kontext besuchten im Herbst dieses Jahres erst EU-Parlamentspräsident Martin Schulz und anschließend Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel Argentinien. Dank kleiner FES-Programmfenster konnten sie dabei wichtige sozialdemokratische Signale hinterlassen: Im Rahmen eines von der FES Argentinien vereinbarten Treffens mit seinem Amtskollegen Jorge Taiana, dem ehemaligen argentinischen Außenminister und jetzigem Präsidenten des Mercosur-Parlaments, informierte Schulz sich über die Wende in der südamerikanischen Integrationsdebatte seit den Regierungswechseln in Argentinien und Brasilien.

Der vor 25 Jahren gegründete Mercosur, dem neben Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay seit wenigen Jahren auch Venezuela angehört, konnte aufgrund nationalistischer Interessen nie zu einem vollständigen regionalen Binnenmarkt reifen. Gerade Argentinien hatte in der Vergangenheit immer wieder Ausnahmeregelungen durchgedrückt. Im Gegensatz zu anderen Freihandelsräumen konnte der Mercosur aber beachtliche Fortschritte in



Treffen zwischen Martin Schulz mit seinem Amtskollegen Jorge Taiana, dem ehemaligen argentinischen Außenminister und jetzigem Präsidenten des MERCOSUR-Parlaments. © Prensa Taiana

der Institutionalisierung sowie hinsichtlich der sozialen und demokratischen Dimension der Integration erreichen.

Nach den Regierungswechseln in Argentinien und Brasilien stehen nun gerade diese Errungenschaften unter Beschuss – nun will man den Freihandel ohne regulierendes Beiwerk. Das Regionalparlament wird als Immunitätszufluchtsort korrupter Faulpelze diffamiert; und die erstmals direkt gewählten argentinischen Abgeordneten erhalten widerrechtlich weder Diäten noch einen Arbeitsplatz. Martin Schulz verwies darauf, dass auch in Europa die Marktöffnung ohne Mitbestimmung sowie rechtsextremer Nationalismus das Projekt regionaler Integration und Inklusion zu zerdrücken drohen. Ob nun in der Flüchtlingspolitik oder bei der Entscheidung über Mega-Handelsabkommen: Man brauche die *checks and balances* der repräsentativen Demokratie in der regionalen Dimension gegenwärtig dringlicher als je zuvor. Als EU-Parlamentspräsident suche er gerade deshalb den politischen Dialog mit dem lateinamerikanischen Pendant »Parlasur«.



Treffen von BMWI Gabriel im FES Stiftungsbüro mit Vertreter\_innen der Gewerkschaftsdachverbände. © FES Argentinien

Neben Regierung und Unternehmern teilen ebenso die Gewerkschaften die Einschätzung, dass Stabilität die Voraussetzung für dringend erforderliche Investitionen in die argentinische Wirtschaft ist. Sie wollen aber unter Stabilität auch soziale Gerechtigkeit und Dialog verstanden wissen. Bislang sind Maßnahmen wie Abwertung der Währung, Marktöffnung und Subventionskürzungen ohne einen Dialog der Sozialpartner durchgedrückt worden und haben bereits zu Insolvenz- und Entlassungswellen geführt. Gerade Klein- und Mittelunternehmen, die 80 Prozent der formalen

Beschäftigung stellen, seien von der plötzlichen ausländischen Konkurrenz hart getroffen worden. Man habe sich eine graduellere Öffnung sowie Investitionen in die Produktivitätssteigerung gewünscht. Der Bundesminister stellte in diesem Zusammenhang die Bedeutung staatlicher Regulierung in einer sozialen Marktwirtschaft heraus und gab seiner Hoffnung auf konstruktive Verhandlungen Ausdruck.

*Dörte Wollrad, Landesvertreterin der Friedrich-Ebert-Stiftung Argentinien*

## Die Zukunft der Städte – zur »Habitat III«-Konferenz in Quito

Um Lösungsansätze für die Folgen der weltweiten rasanten Urbanisierung zu diskutieren, bot die im Oktober 2016 in Quito ausgerichtete »Habitat III«-Konferenz für Wohnen und nachhaltige Stadtentwicklung einen Raum.

Zwei Drittel der Menschen werden im Jahr 2050 laut Studien der Vereinten Nationen und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung weltweit in Städten leben. Die zunehmende Urbanisierung bedeutet einen ungeheuren Rohstoffverbrauch und große Belastungen für die Umwelt; daher sind innovative Konzepte und neue globale Vereinbarungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung von zentraler Bedeutung.

in Quito, Ecuador, Vertreter\_innen der internationalen Gemeinschaft zusammen, um die »Neue Urbane Agenda« (NUA) zu verabschieden. Zwar konnte sich die Staatengemeinschaft nicht auf verbindliche Ziele einigen, doch die neue Agenda ist ein Schritt in die richtige Richtung. Stand bei »Habitat II« vor 20 Jahren in Istanbul primär die Armutsreduzierung im Mittelpunkt, verfolgt die neue Agenda einen integrierten Ansatz. So wurde das »Recht auf Stadt«, das heißt auf eine aktive und gleichberechtigte Teilhabe aller Stadtbewohner\_innen, in der NUA verankert – eine langjährige Forderung der sozialen Bewegungen weltweit.

Auch die FES beschäftigt sich intensiv mit dem Thema: In Ecuador unterstützt sie eine zivilgesellschaftliche Plattform mit dem Ziel, verschiedene Akteur\_innen auf lokaler, nationaler und regionaler Ebene in die Formulierung der neuen Stadtagenda einzubeziehen. So diskutierten die Autor\_innen des Buches *Gerechte, diverse und nachhaltige Lebensräume – Beiträge der Zivilgesellschaft zur Lösung urbaner Herausforderungen* lokale Ansätze, um das Recht auf Stadt umzusetzen. Zudem wurde die Bedeutung von Gewerkschaften für die Gestaltung einer nachhaltigen Stadtentwicklung im Rahmen des »Stakeholder Roundtables – Trade Unions« unterstrichen und im »Networking



Bürger\_innen erkunden den öffentlichen Bücherschrank und suchen nach spannender Literatur. © Alberto Hidalgo Posligua

Vom 17. bis zum 20. Oktober 2016 kamen anlässlich der 3. UN-Gipfelkonferenz über »Wohnen und Nachhaltige Stadtentwicklung« (Habitat III)

Event« des türkischen FES-Partners, der Vereinigung sozialdemokratischer Gemeinden (Sodem), über Strategien zur Verringerung von Armut in Städten diskutiert.

Im Rahmen des »Habitat III Village« beteiligte sich die FES darüber hinaus gemeinsam mit einer Bürger\_inneninitiative an der Gestaltung des urbanen Raums. So wurde der erste öf-

fentliche Bücherschrank in einem Park in Quito installiert, der zum kostenlosen Austausch von Literatur dienen soll. In Ecuador gelang die Mobilisierung der Zivilgesellschaft zur Gestaltung des öffentlichen Raumes – eine erfreuliche Nachricht.

*Anja Minnaert, Landesvertreterin der Friedrich-Ebert-Stiftung Ecuador*

## Lasst uns erstmal über Demokratie reden: Gegenwind für Handelsabkommen beim Eurolat-Treffen

Die Zeiten in Lateinamerika sind politisch aufgewühlt – dies wurde zum Auftakt des diesjährigen Treffens der Parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika (Eurolat) Ende September in Montevideo allen klar. Zwar standen viele konkrete Kooperationen auf der Agenda, doch gerade den lateinamerikanischen Teilnehmenden brannten zahlreiche fundamentale Themen unter den Nägeln.

»Bevor wir nicht über Menschenrechte und die derzeitige Demokratiekrise reden, brauchen wir über weitere Handelsabkommen gar nicht erst zu sprechen«, war der Tenor der Aktivist\_innen im Rahmen des Dialogs zwischen zivilgesellschaftlichen Vertreter\_innen und Abgeordneten beider Regionen zum Auftakt des Eurolat-Treffens. Viele Abgeordnete sahen dies ähnlich. Dementsprechend finden sich in der Abschlusserklärung der Eurolat-Kopräsident\_innen unter anderem auch Absätze zum Friedensprozess in Kolumbien sowie zu den Entwicklungen in Venezuela und Brasilien.

Für das derzeit verhandelte EU-Mercosur-Handelsabkommen ist in der Region auch unabhängig der aktuellen Krisen ein strammer Gegenwind von links zu erwarten. Dies wurde bereits auf einer im Vorfeld u. a. von der progressiven Fraktion des Mercosur-Parlaments (Parlasur) organisierten regionalen Fachkonferenz deutlich, an der auf Einladung der FES Uruguay auch Karoline Graswander-Hainz von der S&D-Fraktion des EU-Parlaments teilnahm. Bestehende Handelsabkommen der EU mit Zentralamerika, Mexiko oder Kolumbien erhielten dabei ein verheerendes Zeugnis. Sie hätten kaum positive Wirkung jenseits der Förderung der Primärexporte gehabt – beispielsweise mit Blick auf In-



Auch Dilma Rousseff kritisierte das Abkommen zwischen EU und Mercosur im Rahmen ihres Besuchs bei der FES Uruguay anlässlich des *Jornada* – dem kontinentweiten Aktionstag für Demokratie und gegen Neoliberalismus von Parteien und Gewerkschaften.  
© Fernando Telechea, FES Uruguay

vestitionen –, während die Demokratie- und Menschenrechtsklauseln »das Papier nicht wert gewesen seien, auf dem sie geschrieben stehen«.

Die FES hatte lateinamerikanischen Aktivist\_innen ein Vorbereitungstreffen ermöglicht, um vor der offiziellen Sitzung die Positionen zwischen Zivilgesellschaft und Eurolat-Parlamentarier\_innen abzustimmen. Trotz und gerade



wegen aller Kontroversen um Handelsabkommen und die derzeitigen Krisen wurde deutlich, welche Bedeutung dem bi-regionalen Dialog derzeit zukommt. Eurolat bleibt auch im zehnten Jahr nach der Gründung ein nützliches parlamentarisches Forum – doch für

die Zukunft braucht es sicher noch mehr Austausch; insbesondere zwischen den politischen Kräften links der Mitte.

*Sebastian Sperling, Landesvertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung Uruguay*

## Nach Paris und New York: Aufwind für Ansätze Nachhaltiger Entwicklung für die Länder des globalen Südens?

Im September 2015 wurden die nachhaltigen Entwicklungsziele in der UN-Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossen; im Dezember darauf einigte sich die Weltgemeinschaft auf ein neues Klimarahmenabkommen. Doch welche Auswirkungen haben diese Abkommen für die Länder des globalen Südens?

2015 war auf globaler Ebene ein Schlüsseljahr für das Konzept der Nachhaltigkeit: Im September wurden die nachhaltigen Entwicklungsziele in der UN-Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York beschlossen; wenige Monate später einigte sich die Weltgemeinschaft in Paris auf ein neues Klimarahmenabkommen. Die Frage der nachhaltigen Entwicklung ist somit zumindest auf der offiziellen Agenda in den Mittelpunkt gerückt. Doch welche Auswirkungen haben die Abkommen für die Länder des globalen Südens? Welche Herausforderungen ergeben sich für deren Entwicklungsansätze? Welche Rolle spielen Staat, Innovations- und Industriepolitik im Kontext der Nachhaltigkeit?

Um diese Fragen zu diskutieren, luden das FES-Regionalprojekt in Lateinamerika »Sozial-ökologische Transformation« sowie das Landesbüro der FES Mexiko vom 1.–3. August Vertreter\_innen aus allen Weltregionen nach Mexiko-Stadt ein – darunter ehemalige Minister\_innen aus Uruguay, Kolumbien und Ecuador, Professor\_innen des MIT und der University of California, Berkeley, Vertreter\_innen führender Institute aus China und Indien sowie von United Nations Economic Commission for Africa (UNECA) und Comisión Económica para América Latina y el Caribe (CEPAL).

Will die Weltgemeinschaft das Ziel der maximalen Erderwärmung von 2°C einhalten, müssen die Pro-Kopf-Emissionen von derzeit sieben auf zwei Gigatonnen im Jahr 2050 sinken. Die verschiedenen Beiträge verdeutlichten, wie unterschiedlich der damit einhergehende Strukturwandel bisher gestaltet wird. Zwar wurde einerseits die Rolle des Staates als Impulsgeber für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und den Aufbau lokaler Wertschöpfungsketten in traditionellen wie auch in neuen, grünen Sektoren betont; andererseits verdeutlichten die Beispiele aus China und Mexiko die horizontale Entwicklung neuer Sektoren und das Fehlen strategischer Politikansätze im Kontext makroökonomischer Steuerung und marktliberaler Freihandelsansätze.

Angesichts der vielfältigen sozialen, ökologischen und ökonomischen Krisenerscheinungen der globalen Entwicklungsagenda wurden auch alternative Entwicklungsansätze wie die



Fortschritte bei der Reduktion von klimaschädlichen Emissionen:  
Ein Wettlauf mit der Zeit. © flickr creative commons | Florian



Gemeinwohlökonomie und das Konzept des »Buen Vivir« am Beispiel Ecuadors diskutiert.

Die Zusammenfassungen der einzelnen Panel-diskussionen sowie die Präsentationen finden Sie auf der [Website des Regionalprojekts](#).

Eine Dokumentation der Konferenz erscheint im Dezember 2016 in spanischer Sprache.

*Christian Denzin, stellvertretender Landesvertreter der FES Mexiko und Leiter des Regionalprojekts sozial-ökologische Transformation*

## Demokratie und Generationengerechtigkeit wagen, schützen, stärken: Bundespräsident Gauck in Chile und Uruguay

Bundespräsident Joachim Gauck auf Staatsbesuch: In Chile und Uruguay widmete sich Gauck auf Veranstaltungen, die von der FES mitgestaltet wurden, zwei seiner Hauptanliegen: der Demokratie und der Rolle junger Menschen in der Gesellschaft.

Der letzte Besuch eines deutschen Bundespräsidenten in Chile und Uruguay lag mehr als zehn Jahre zurück. Im Juli 2016 besuchte nun Joachim Gauck die beiden südamerikanischen Länder – und dies mit gutem Grund. Eines seiner Hauptanliegen war es, die Weiterentwicklung der Demokratie nach Ende der Militärdiktaturen zu würdigen: »Zu einem sorgsamem Umgang mit unserer Demokratie gehört das vertrauensvolle Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zu ihren Repräsentanten. Es darf nicht zu einer solchen Distanz zwischen Politik und Bevölkerung kommen, die zuerst Sprachlosigkeit und dann gegenseitige Entfremdung bewirkt«, betonte der Bundespräsident bei der Eröffnung des Deutsch-Chilenischen Forums, welches die FES gemeinsam mit den anderen deutschen politischen Stiftungen veranstaltete. Demokratie fördern und stärken sowie Politikverdrossenheit überwinden, ist sowohl in Deutschland als auch Chile eine Herausforderung.

Der Bundespräsident hob, ebenso wie die chilenische Präsidentin Michelle Bachelet, die besondere Bedeutung der deutschen Stiftungen bei der Förderung politischer Bildung und der Überwindung von Politikverdrossenheit hervor: »Sie schaffen den offenen Austausch zwischen Wissenschaftlern und Journalisten, Menschenrechtsvertretern und Vertretern staatlicher Institutionen. (...) Sie regen zum Dialog an, sie knüpfen ein breites Netz an Kontakten in die Zivilgesellschaft des Gastlandes und sie fördern und stärken Demokratien«.



Generationengerechtigkeit – eines der Hauptanliegen von Bundespräsident Joachim Gauck. © Bundesregierung / Steffen Kugler

Das zweite Ziel der Reise war Uruguay. Im Austausch mit jungen politischen Aktivist\_innen über soziale Inklusion, der von der FES mitgestaltet wurde, zeigte sich, dass gerade alternde Gesellschaften Gefahr laufen, eine Politik auf Kosten zukünftiger Generationen zu machen. Jungen Menschen mehr Raum in der politischen Mitsprache zu geben, ist daher auch eines der Ziele der FES in Lateinamerika und der Karibik.

*Simone Reperger, Landesvertreterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Chile, und Sebastian Sperling, Landesvertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung Uruguay*

## Konsequent, integer, glaubhaft – Pepe Mujica auf der ADLAF-Tagung zu Gewalt und Ungleichheit

Aktuelle Gewalt und Ungleichheit in Lateinamerika, Erinnerungskulturen und Handlungsoptionen für Veränderung waren Thema der diesjährigen ADLAF-Tagung in Berlin. Der ehemalige Präsident Uruguays, José »Pepe« Mujica, eröffnete die Tagung in seiner bekannten Authentizität und sprach den Teilnehmenden ins Gewissen.

Gewalt und Ungleichheit sind für Lateinamerika ein historisches und weiterhin hochaktuelles Thema. So war und ist die wichtigste Ursache für den bewaffneten Konflikt in Kolumbien beispielsweise das große soziale Gefälle zwischen Arm und Reich, und damit verbunden die extrem ungleiche Verteilung von Landbesitz. Dementsprechend war die Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens in Kolumbien am 23. Juni 2016 keine Randnotiz in den Räumen der Friedrich-Ebert-Stiftung, sondern eine inhaltlich passende und außerordentlich positive Einstimmung für die von der FES ausgerichtete Tagung Gewalt und Ungleichheit der Arbeitsgemeinschaft deutsche Lateinamerikaforschung (ADLAF). Ehrengast der Tagung war José »Pepe« Mujica, Senator und ehemaliger Präsident Uruguays, der an jenem Abend über diese für Lateinamerika so zentralen Probleme sprach.



Pepe Mujica in der FES: Gast mit Kultstatus. © FES Berlin

Mujica gilt als einer der wenigen Präsidenten, die nicht nur für einen konsequenten linken und demokratischen Politikstil stehen, sondern aufgrund einer bodenständigen Lebensweise sowie der Umsetzung progressiver politischer Vorhaben als integer und glaubhaft gelten. So kritisierte er in seinem Beitrag die Auswüchse der »Zivilisation der Verschwendung«. Seine Ausführungen waren ein starkes Plädoyer dafür, die aktuellen Problemlagen – soziale Ungleichheit, Armut, Gewalt, organisierte Kriminalität, Alltagskriminalität, politische Gewalt – im historischen Kontext der »offenen Adern Lateinamerikas« zu betrachten. Soziale Ungleichheit und die Konzentration des Reichtums seien endemische Probleme einer Region, die auch im 21. Jahrhundert vor allem Primärgüter verkauft.

Als bedrohliche Entwicklung der jüngeren Vergangenheit stellte er insbesondere die Ausweitung des Drogenhandels heraus, der mit einer bisher ungekannten Verrohung einhergehe. Zugleich machte Mujica vor über 500 Zuhörer\_innen deutlich, dass die Möglichkeiten, diese Verhältnisse zu verändern, im eigenen Tun liegen.

In den anschließenden Panels der Tagung wurden Fragen aktueller Gewalt und Ungleichheit auch in Bezug auf die Vergangenheit diskutiert, die Erinnerungskultur unter die Lupe genommen und mögliche Handlungsoptionen in verschiedenen geografischen und sozialen Räumen analysiert. Das große studentische, wissenschaftliche und allgemeine Interesse an der Thematik spiegelte sich in einer sehr hohen Zahl an Teilnehmenden wider.

*Dr. Svenja Blanke, Leiterin des Referats Lateinamerika und Karibik der FES*



## ● HINGESCHAUT

### *Viacrucis Migrante* – Ein Martyrium auf der Flucht aus Zentralamerika

Der Dokumentarfilm des Videojournalisten Hauke Lorenz bietet beeindruckende Portraits unterschiedlicher Menschen aus Zentralamerika und der unvorstellbaren Erlebnisse auf ihrem Weg Richtung Norden.



»Wenn Gott möchte, dass ich ankomme, dann komme ich an«, berichtet ein Protagonist des Dokumentarfilms *Viacrucis Migrante* – *Kreuzweg der Migrant\_innen*. Der Film lässt Menschen ihre Geschichten erzählen, die nur selten gehört werden: Männer, Frauen und Kinder auf der Flucht vor Gewalt in ihrer zentralamerikanischen Heimat. Sie sind es, die hier zu Wort kommen, während sie in der Herberge der Migrant\_innen »La 72« in Tenosique, Tabasco, eine kurze Rast auf ihrem Leidensweg durch Mexiko einlegen.

ge versuchen zum wiederholten Male, in die USA zu gelangen; viele wurden von Banden ausgeraubt, entführt, misshandelt oder von Zügen gestoßen. Dennoch lassen sie sich nicht aufhalten.

Die Erzählungen der Geflüchteten zeigen, wie die mexikanischen Migrationsbehörden dazu beitragen, aus dem Weg durch das Land ein Martyrium zu machen. Asylgesuche werden abgelehnt, Mitarbeiter\_innen der Herberge schikaniert und bedroht, Geflüchtete von Polizist\_innen verfolgt. Eine Art rechtlichen Schutzes erfahren viele paradoxerweise oft erst, wenn ihnen der Aufenthalt bis zum Zeitpunkt der Abschiebung gewährt wird.

Angesichts dieser Situation sind viele Herbergen gleichzeitig auch politisch aktiv und setzen sich für eine sichere Durchreise ein. Mit Prozessionen über tausende Kilometer haben sie die Geflüchteten begleitet und ihnen eine Stimme gegeben – Inspiration und Anstoß für diesen Dokumentarfilm, der mit einem hautnahen Einblick in die innere Stärke und Kraft derjenigen Menschen beeindruckt, die auf der Flucht sind, um für sich und ihre Familien das Recht auf ein besseres Leben einzufordern.

Weitere Informationen unter:

<http://viacrucismigrante.com>

*Fabian Lischkowitz, derzeit studentischer Assistent im Referat Lateinamerika und Karibik*



Ein wahrer Kreuzweg – Migrant\_innen auf ihrem Weg durch Mexiko.  
© Hauke Lorenz / Verleih Die Thede e. V.

Die Herberge nahe der süd-mexikanischen Grenze zählt zu einem der wenigen Orte in Mexiko, die den Menschen auf der Flucht Schutz bietet. Hier haben sie die Gelegenheit, ihre Wunden zu versorgen und sich darüber auszutauschen, was ihnen auf dem beschwerlichen Weg noch bevorsteht. Eini-



## ● PUBLIKATIONEN

### Publikationen in Deutsch (Auswahl)

- **Zurück in die Zukunft. Argentiniens Wandel in der Wirtschaftspolitik.** Von Dörte Wollrad | Perspektive, November 2016  
↳ [download](#)
- **Zeit der Entscheidung für Lateinamerikas Linke,** von Claudia Detsch | Internationale Politikanalyse, Juli 2016  
↳ [download](#)

An dieser Stelle möchten wir Sie auf unsere **aktuelle Publikationsreihe** zum Thema **Migration in (Latein-)Amerika** aufmerksam machen. Die Reihe beleuchtet unterschiedliche Aspekte von Migration, zeigt Parallelen zur aktuellen Flüchtlingsdebatte in Deutschland und Europa und gibt zudem Anregungen für die Gestaltung von menschenwürdiger Migration. Bislang sind erschienen:

- **Im Schatten der Mauer: Die Auswirkungen des US-amerikanischen Ausbaus von Grenzschutz und verstärkter Zuwanderungskontrolle.** Von Daniel E. Martínez | Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin, November 2016  
↳ [download](#)
- **Immigrant\_innen aus Lateinamerika in den USA: Jobmotor und Jungbrunnen?** Von Michael Czogalla | Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin, Oktober 2016  
↳ [download](#)
- **Freiwillige Migration oder Vertreibung? Emigration aus Honduras als Überlebensstrategie.** Von Ana Ortega | Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin, Oktober 2016  
↳ [download](#)
- **Grenzen ziehen und Wohlstandsperspektiven schaffen! US-amerikanische Strategien in der Flüchtlingskrise unbegleiteter Minderjähriger aus Zentralamerika.** Von Eric L. Olson | Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin, September 2016  
↳ [download](#)

Die kommenden Publikationen zu dieser Reihe finden Sie [hier](#).

### Publikationen in Spanisch, Portugiesisch und Englisch (Auswahl)

- **Geografías feministas** | Nueva Sociedad | número 265 | Buenos Aires, Septiembre-October de 2016  
↳ [download](#)
- **Proletarios del mundo... ¿y ahora? Empleo, sindicalismo y globalización** | Nueva Sociedad | número 264 | Buenos Aires, Julio–Agosto de 2016  
↳ [download](#)
- **Las políticas públicas del área de desarrollo social durante los gobiernos de Néstor Kirchner y Cristina Fernández.** Por Claudia C. Danani, | Análisis | Friedrich-Ebert-Stiftung Argentina, Septiembre de 2016  
↳ [download](#)
- **Memoria, verdad y justicia como política de Estado.** Análisis de políticas públicas implementadas durante los gobiernos kirchneristas (2003–2015) respecto de los delitos de lesa humanidad ocurridos en la última dictadura argentina. Por Verónica Torras, Luz Palmás Zaldua, Marcela Perelman | Análisis | Friedrich-Ebert-Stiftung Argentina, Septiembre de 2016  
↳ [download](#)
- **Una Ley de Cambio Climático necesaria, idónea y eficaz.** Por Yvette Aguilar | Perspectivas | Friedrich-Ebert-Stiftung El Salvador, Septiembre de 2016  
↳ [download](#)
- **Hábitats justos, diversos y sustentables – Contribuciones ciudadanas para solucionar desafíos urbanos.** Por Francesca Perry, Nataly Pinto Álvaro, Elisa Puga, Laura Betancur (y otros) | Friedrich-Ebert-Stiftung (FES-ILDIS) Ecuador, Septiembre de 2016  
↳ [download](#)
- **Exportación de la seguridad y política exterior de Colombia.** Por Arlene B. Tickner | Análisis | Friedrich-Ebert-Stiftung Colombia (FESCOL), Septiembre de 2016  
↳ [download](#)



- **De la guerra al cuidado de las personas – Políticas de drogas en Suramérica después de Ungass.** Por Anja Minnaert, Fundación Friedrich Ebert en Ecuador (FES ILDIS Ecuador) y Catalina Niño, Friedrich-Ebert-Stiftung Colombia (FESCOL) (ed.), Agosto de 2016  
↳ [download](#)
- **Buen Vivir y cambio de la matriz productiva: Reflexiones desde el Ecuador.** Por Rafael Dominguez, Francisco Braña, Mauricio León (ed.) | Friedrich-Ebert-Stiftung (FES-ILDIS) Ecuador, Agosto de 2016  
↳ [download](#)
- **Bolivia: más allá de la desigualdad en la distribución del ingreso.** Por Oscar Jorge Molina Tejerina | Friedrich-Ebert-Stiftung Bolivia, Agosto de 2016  
↳ [download](#)
- **La sociedad civil en el camino a Hábitat III.** Por Pamela Olmedo | Análisis | Friedrich-Ebert-Stiftung (FES-ILDIS) Ecuador, Agosto de 2016  
↳ [download](#)
- **¿Y ahora qué hacemos? La economía política del kirchnerismo.** Por Pablo Gerchunoff e Osvaldo Kacef, Julio de 2016 | Análisis | Friedrich-Ebert-Stiftung Argentina, Julio de 2016  
↳ [download](#)
- **Diagnóstico y perspectiva de la economía ecuatoriana en 2016.** Por Mauricio León G. | Análisis | Friedrich-Ebert-Stiftung (FES-ILDIS) Ecuador, Junio de 2016  
↳ [download](#)
- **La Fuerza de las plazas. Bitácora de la indignación ciudadana en 2015.** Por Regina Solís Miranda (Compiladora) | Friedrich-Ebert-Stiftung Guatemala, Mayo de 2016  
↳ [download](#)
- **Retos y desafíos de la policía en contextos de transición hacia la paz.** Por Saruy Tolosa (ed.) | Friedrich-Ebert-Stiftung Colombia (FESCOL), Abril de 2016  
↳ [download](#)
- **Rutas para la inclusión de personas LGBTI en los partidos y movimientos políticos colombianos;** Observatorio participación política de las personas LGBTI en Colombia | Friedrich-Ebert-Stiftung Colombia (FESCOL), 2016  
↳ [download](#)

Wir laden Sie ein, unsere [Stimmen aus Lateinamerika](#) sowie aktuelle [Pressestimmen](#) zu unserer Arbeit in Lateinamerika auf unserer [Website](#) zu besuchen.

- **»Für die Demokratie, gegen den Neoliberalismus!«,** Fragen an Uta Dirksen, Leiterin des regionalen Gewerkschaftsprojektes der Friedrich-Ebert-Stiftung für Lateinamerika und die Karibik mit Sitz in Uruguay  
↳ [Link zum Beitrag](#)
- **»Chile: Die Studierendenbewegung mischt die politischen Karten neu«,** Fragen an Mario Pino, Projektkoordinator der Friedrich-Ebert-Stiftung in Chile  
↳ [Link zum Beitrag](#)

Weiterführende Informationen zu einzelnen Themenfeldern finden Sie auch unter der Webplattform »Internationale Politik und Gesellschaft« – <http://www.ipg-journal.de/regionen/lateinamerika> – wie zum Beispiel:

- **Einmal mehr zum Frieden verpflichtet. Der Nobelpreis kommt zur rechten Zeit für den gefährdeten Friedensprozess in Kolumbien.** Von Thomas Keil, derzeit Projektassistent in der FES Kolumbien  
↳ [Link zum Beitrag](#)



● **PERSONALIA**

## Personelle Veränderungen

Einsatzland / Einsatzort / Zuständigkeit	Name	seit / ab
Gesellschaftspolitischer Büroleiter FES Venezuela	Michael Langer	Dezember 2016
Gesellschaftspolitischer Büroleiter FES Dominikanische Republik und Kuba	Yesko Quiroga	April 2017
Berlin, Referent	Albrecht Koschützke	März 2017



### Impressum

**Dr. Svenja Blanke (V.i.S.d.P.)**  
**Referat Lateinamerika & Karibik**  
**Friedrich-Ebert-Stiftung**  
**Hiroshimastraße 28**  
**D-10874 Berlin**

**Tel.: +49 (0) 30 269 35 – 7482**  
**Fax: +49 (0) 30 269 35 – 9253**

**Redaktion: Ingrid Roß, Jule Wocke**  
**Lektorat & Gestaltung: pertext | Berlin**

- ↳ [Newsletter abonnieren](#)
- ↳ [Newsletter abbestellen](#)
- ↳ [Kontakt](#)